



Kiel, 11.08.2004, Nr.: 142/2004

Bernd Schröder:

Landtagsfraktionen wollen fairen Förderwettbewerb

Unternehmensverlagerungen in andere Bundesländer aufgrund höherer Fördermittel soll es nach dem Willen des SPD-Wirtschaftspolitikers Bernd Schröder nicht mehr geben. „Es ist volkswirtschaftlich unsinnig, Unternehmen mit Hilfe öffentlicher Mittel aus einem Bundesland in ein anderes abzuwerben – zumal dann, wenn dabei kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz entsteht“, kritisiert der Abgeordnete. Er hat deshalb eine Landtagsinitiative ausgearbeitet und dafür die Unterstützung aller im Landtag vertretenen Fraktionen erhalten.

In einem Antrag, der in die nächste Landtagssitzung eingebracht wird, fordern die Fraktionen von SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SSW die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Einvernehmensregelung innerhalb der Förderregeln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erweitert wird. Ziel ist es, reine Unternehmensverlagerungen, durch die kein zusätzlicher Arbeitsplatz entsteht, nicht zu fördern, sondern dafür nur noch die Investitionszulage zu gewähren. „Damit würde eine reine Abwanderung eines Unternehmens betriebswirtschaftlich keine Vorteile bringen“, erläutert Schröder.

Die GA-Förderregeln sehen für die neuen Länder einen Höchstfördersatz von 50 %, für die alten Länder von 20 % vor. Das hat in der Vergangenheit zu reinen Betriebsverlagerungen (Edeka-Fleischwerke, Großbäckerei Kamps) von Schleswig-Holstein nach Mecklenburg-Vorpommern geführt.

Das Problem könne entweder zwischen den beiden betroffenen Ländern geklärt werden, so Schröder, indem man sich auf den Höchstsatz im C-Fördergebiet (alte Bundesländer) einigt. Eine zweite – grundsätzliche – Lösung wäre die Änderung der Förderregeln, die für die GA vom zuständigen Planungsausschuss, in dem die Landwirtschaftsminister und der Bund mit je 50 % Stimmanteil vertreten sind, festgelegt werden.